

Benjamin Bidder

We die USA in Russland Panik säen

Як США сіють в Росії паніку

Штрафні заходи щодо Росії в Німеччині обґрунтовували то більше, то менше докладно. При цьому, як правило, можна було добре простежити, хто і з якої причини потрапив під ці санкції: наприклад, військові концерни покарали, бо їх зброя застосовувалася в Україні. Також в чорному списку опинилося й устаткування для видобутку нафти: треба було обмежити фінансовий простір Росії для таких дій в Україні.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/russland-sanktionen-wie-die-usa-unter-ivestoren-panik-saehen-a-1202115.html>

Am Tag nach dem Absturz druckt Russlands Regierungspresse Durchhalteparolen. "Der Rubel bereitet seine Revanche vor", titelt die seit Jahren stramm auf Kremllinie berichtende Tageszeitung "Iswestija" auf der ersten Seite.

Der Wertverfall der russischen Landeswährung geht indessen weiter. Seit Wochenbeginn hat der Rubel rund zehn Prozent gegenüber dem Euro verloren. Das Absacken der Währung ist für Russlands Bürger das deutlichste Zeichen, wie sehr die Freitag verhängten **US-Sanktionen** das Land diesmal treffen. Davon künden auch die roten Anzeigetafeln der noch immer weit verbreiteten Wechselstuben.

Noch dramatischer sind die Folgen für den Klub von Russlands Oligarchen. Auf der Webseite des US-Magazins "Forbes" lässt sich praktisch in Echtzeit verfolgen, wie ihre Vermögen schwinden. Binnen weniger Stunden haben die 50 reichsten Russen rund zwölf Milliarden Dollar eingebüßt. Russlands Aktienindex RTS stürzte nach Handelseröffnung am Montag um zwölf Prozent ab. Am Dienstag ging es weiter bergab, das Minus lag zwischenzeitlich bei fünf Prozent.

Warum treffen die Sanktionen Russland dieses Mal so empfindlich?

Auf den ersten Blick wirken die am Freitag vom US-Finanzministerium verkündeten Strafen wie eine Fortschreibung bisheriger US-Politik. Die US-Regierung hat - sogar bereits vor dem Ausbruch der **Ukrainekrise** - immer wieder Sanktionen gegen Russen und russische Konzerne verhängt. Der erste Schritt war 2013 die Veröffentlichung der sogenannten "Magnitsky-Liste" (Ziel

waren Personen, die für den Tod des Häftlings Sergej Magnitsky in russischer Haft Verantwortung tragen sollen). Dann folgten 2014 Strafen für Beamte, Konzerne und Geschäftsleute, die eine Rolle im Umfeld von Russlands Militäroperationen auf der Krim und in der Ostukraine gespielt hatten.

Diese Strafmaßnahmen waren mal mehr, mal weniger ausführlich begründet. Dabei blieb in der Regel gut nachvollziehbar, wer genau aufgrund welchen Verschuldens ins Visier geraten war: Rüstungskonzerne zum Beispiel, weil ihre Waffen in der Ukraine eingesetzt wurden. Ausrüstungsgüter für die Ölförderung wiederum kamen auf die schwarze Liste, um Russlands finanziellen Spielraum für Operationen wie in der Ukraine einzuschränken.

Diesmal scheint die Lage anders: Deutlich wird das am Beispiel des Mannes, der im Zentrum der neuen Sanktionswelle steht: [Oleg Deripaska](#). Der Milliardär und acht seiner Firmen stehen auf der Freitag veröffentlichten Liste des Finanzministeriums. Deripaskas Aluminiumkonglomerat UC [Rusal](#) hat bereits seine Aktionäre gewarnt, das Unternehmen werde vermutlich einen Teil seiner Schulden nicht mehr begleichen können. Die Rede ist von einem "technischen Default".

Rusal hat rund 60.000 Mitarbeiter und macht pro Jahr rund zehn Milliarden Dollar Umsatz, allein 14 Prozent davon in den USA. Die Sanktionen könnten das Unternehmen von seinen Kunden auf dem Weltmarkt abschneiden. Nach Informationen der Nachrichtenagentur Bloomberg haben bereits mehrere global agierende Rohstoffhändler ihre Geschäftsbeziehungen mit Rusal beendet, auf Drängen ihrer Banken. Die fürchten inzwischen nämlich selbst, sonst ins Visier der Amerikaner zu geraten.

Denn zum ersten Mal erstrecken sich die US-Sanktionen nicht nur unmittelbar auf die genannten russischen Firmen und Geschäftsleute - sondern auch auf alle westlichen Konzerne, die "wissentlich signifikante Transaktionen" mit ihnen abwickeln - oder mit Unternehmen, an denen sanktionierte Russen mit 50 Prozent oder mehr beteiligt sind.

Warum haben es die USA ausgerechnet auf Deripaska abgesehen?

Deripaska hat über Jahre Geld an den Washingtoner Lobbyisten Paul Manafort gezahlt, der 2016 zwischenzeitlich [Donald Trumps](#) Wahlkampf leitete. Das US-Finanzministerium hat Deripaska allerdings nicht deshalb auf die Sanktionsliste gesetzt, jedenfalls nicht offiziell. Zur Begründung des Schritts heißt es auf der Webseite der Behörde nur knapp, es gehe ganz allgemein um die Ahndung von "Russlands bösartigen Aktivitäten".

Dabei gehört Deripaska nicht einmal zum Zirkel der dem Kreml besonders nahe stehenden Geschäftsleute. Er ist nicht unter Putin reich geworden, sondern während der Ära von Vorgängerpräsident [Boris Jelzin](#). Seine Frau Polina stammt gar aus dem Jelzin-Klan.

Das US-Finanzministerium hat etwas halbherzig versucht, einen Beleg für die angebliche "Schlüsselrolle" Deripaskas für die Politik des Kreml zu finden. Der

Geschäftsmann habe mal gesagt, dass er keine Trennlinie zwischen seinen eigenen Interessen und denen des russischen Staates ziehe.

Das Zitat ist allerdings schon mehr als zehn Jahre alt. Es fiel 2007 in einem Interview mit der "Financial Times" und war die Antwort auf die Frage, ob er nicht befürchten müsse, das gleiche Schicksal wie der 2003 verhaftete Michail Chodorkowski zu erleiden.

Was ist das Ziel der Amerikaner?

Bereits im Januar hatte das US-Finanzministerium eine Liste mit angeblich Putin nahe stehenden Geschäftsleuten veröffentlicht, die so wirkte, als hätte die Behörde schlicht die "Forbes"-Liste kopiert.

Anleger in Moskau haben die neuen US-Sanktionen deshalb auch als das verstanden, was sie sind: Eine Warnung, "dass jede russische Firma Gefahr läuft, mit Sanktionen belegt zu werden", wie Wadim Bit-Awragim sagt, Analyst bei Kapital Asset LLC. Investments in Russland würden nun von vielen internationalen Investoren wohl wie "toxische Assets" behandelt.

Das Vorgehen ruft Erinnerungen an den Sommer 2014 wach. Nach Russlands Annexion der Krim und Moskaus militärischer Einmischung in der Ostukraine hofften Politiker in den USA und in Europa, wirtschaftlicher Druck könnte Russlands Milliardäre bewegen, mäßigend auf Putin einzuwirken - oder sich sogar von ihm abzusetzen. Der Republikaner Paul Ryan, inzwischen Sprecher des Repräsentantenhauses, wollte "auf die Oligarchen abzielen, die seine Machtbasis bilden".

Gerhard Schindler, 2014 Chef des Bundesnachrichtendienstes BND, glaubte damals gar, schon Risse in Putins Machtblock erkennen zu können. Aus Sicht des Geheimdienstes sei es möglich, dass einige der Oligarchen ihre wirtschaftlichen Interessen über politische Interessen stellen und den Kreml bremsen, sagte Schindler Bundestagsabgeordneten.

Erfüllt haben sich solche Hoffnungen nie. Im Gegenteil: Je stärker der Westen den Druck in den vergangenen Jahren erhöht hat, desto größer scheint Putins Rückhalt im eigenen Land.

Josef Braml, USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), geht eher von innenpolitischen Gründen für die neuen Sanktionen aus. US-Präsident Donald Trump gerate gerade immer stärker unter Druck. Der Kongress habe von ihm ein viel härteres Vorgehen gegenüber Russland verlangt. "Jetzt kann Trump etwas vorweisen", sagt Braml. Deripaska komme da gerade recht, so könne der Präsident demonstrieren, keine Rücksicht auf die Seilschaften seines ehemaligen Beraters Manafort zu nehmen.

Womöglich ist der Aluminium-Magnat Deripaska allerdings noch aus einem zweiten Grund in den Fokus gerückt: Rusal ist der zweitgrößte Aluminium-Produzent der Welt, China ausgenommen. Und Trump hat sich öffentlich dem Schutz von Amerikas Metall-banche verschrieben.

Für die gab es Montag gute Nachrichten: Der Preis für Aluminium sprang um vier Prozent in die Höhe.